



Sollen nach den Herbstferien alle 20 Minuten für fünf Minuten offen stehen, ob's stürmt oder schneit: Schulfenster Foto: Christoph Schmidt/dpa

Schulsenator Ties Rabe (SPD) zieht Bilanz: Nach acht Wochen gibt es 355 Infizierte. Nach den Herbstferien sollen Schulen alle 20 Minuten lüften. Luftfilter und CO₂-Ampeln unnötig?

Von Kaija Kutter

An Hamburgs Schulen soll nach den Herbstferien jede Klasse alle 20 Minuten die Fenster öffnen und Durchzug erzeugen. Diese Konsequenz kündigte Schulsenator Ties Rabe (SPD) gestern im Rathaus an, als er Bilanz nach acht Wochen Schulbetrieb unter Coronabedingungen zog. Außerdem darf es bis Weihnachten weiterhin keine Klassenreisen geben.

Corona macht vor den Schulen nicht halt, das zeigten Rabes Zahlen: Seit dem 4. August waren 303 Schüler und 52 Beschäftigte mit dem Covid-19 infiziert. Da viele wieder genesen sind, gelten aktuell 122 Schüler und 24 Mitarbeiter als erkrankt. Bei den meisten Fällen verlief die Krankheit laut Rabe „sehr milde, oft symptomfrei“. Größere gesundheitliche Probleme der Betroffenen seien „nicht bekannt“.

Derzeit sei davon auszugehen, dass sich 80 bis 90 Prozent von ihnen außerhalb der Schule angesteckt hätten, etwa im Urlaub oder auf Feiern. Nur bei den Stadtteilschulen Heinrich-Hertz, Winterhude und möglicherweise auch der Julius-Leber-Schule in Schnelsen hätten sich Schüler und Beschäftigte

auch innerhalb der Schule infiziert, so Rabe. „Die Infektionswege werden noch erforscht.“

Doch für Rabe zeigen auch diese Zahlen, dass „Schulen nach wie vor ein sicherer Ort sind“, dort komme es „äußerst selten“ zur Ansteckung. Der Senator zeigte sich dennoch besorgt über den Anstieg der Infektionszahlen in Hamburg und anderen Städten. Gerade Schüler ab der 8. Klasse seien in ihrer Freizeit „viel zu sorglos“, näh-

Corona an Schulen

Derzeit an Covid-19 erkrankt sind 122 der 256.000 Schüler und 24 von rund 24.000 Beschäftigten.

In Quarantäne sind 58 Klassen sowie 162 Schulbeschäftigte.

Seit August erkrankt waren 303 Schüler und 52 Beschäftigte.

Aktuell betroffen sind 64 Schulen, seit August 149.

Lernkurse in den Ferien bieten 95 Schulen mit 5.000 Plätzen.

men die Regeln nicht ernst.

Den Vorwurf der Sorglosigkeit muss der SPD-Politiker sich allerdings auch selbst anhören. Die Links-Fraktion fordert in einem Antrag, der mit der Elterninitiative „Sichere Bildung in Hamburg“ abgestimmt ist, konsequentere Maßnahmen, um die potentiell virushaltigen Aerosole aus Innenräumen zu entfernen. So sollten zügig in allen Klassenzimmern CO₂-Messgeräte installiert werden, die den Luftverbrauch anzeigen, wie vom Umweltbundesamt bereits 2008 empfohlen. Zudem sollte der Senat ein „Lüftungskataster“ für alle Klassen erstellen, in dem Raumgröße, die Fensterzahl und die Lüftungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, um dort, wo nötig, ergänzend mobile Filtergeräte aufzustellen.

Rabe hält diese Schritte für unnötig und beruft sich dabei auf Heinz-Jörn Moriske vom Umweltbundesamt und weitere Experten. Diese hatten kürzlich bei einer Fachkonferenz der Kultusministerkonferenz den Einsatz von Filtergeräten „skeptisch“ bewertet, da deren Wirkung gegen Coronaviren nicht hinreichend erwiesen sei.

Auch CO₂-Ampeln seien überflüssig, wenn regelmäßig gut

gelüftet werde. Mit dem Vorschlag eines Katasters verband Rabe gar „unglaublichen Bürokratieaufwand“. Die Hausmeister der Schulen hätten längst alle Räume überprüft, und festgestellt, dass sich nur in 68 von rund 13.000 keine Fenster öffnen ließen. Die werde man schlicht nicht mehr nutzen.

Rabe musste sich gestern von CDU und Linken anhören, er sei zu planlos. Sich auf ein fünfminütiges Lüften alle 20 Minuten zu verlassen, ohne Instrumente, die den Luftaustausch überprüfen, sei „in der Pandemie fahrlässig“, kritisiert die Linke Sabine Boeddinghaus. „Schulen könnten sich nach kurzem Lüften leicht in falscher Sicherheit wiegen“, gibt auch Vater Heiko Habbe von „Sichere Bildung für Hamburg“ zu bedenken. Da wäre der Einsatz der „CO₂-Ampeln“ ein wertvolles Instrument.

Habbes Initiative fordert seit Wochen, dass es zur Einhaltung der Abstandsregeln vorsorglich kleinere Lerngruppen gibt und die Schüler teils Zuhause lernen. Ein solches „Hybrid-Model“ ist laut Rabe noch nicht erforderlich. Er kündigte aber an, dass ein pädagogisches Konzept dafür Ende der Woche im Netz stehen wird.

heute in hamburg

„Verzweifelter Versuch, marktgerecht umzubauen“

Interview Leonie Theiding

taz: Herr Humburg. Wieso ist das Krankenhaus Groß-Sand unverzichtbar?

Manuel Humburg: Weil es im Hamburger Süden eine deutliche Unterversorgung an Krankenhäusern gibt. Außerdem wächst die Bevölkerung auf der Elbinsel, für diese Menschen bietet Groß-Sand eine schnell erreichbare Grund- und Notfallversorgung. Und auch die Betriebe auf der Veddel und in Wilhelmsburg sind froh, wenn sie für diese medizinische Versorgung nicht die Insel verlassen müssen, denn die Beschäftigten in den angrenzenden Betrieben leisten teilweise gefährliche Arbeiten.

Wie setzen sich die Betriebe für das Krankenhaus ein?

12 Betriebsräte der großen Firmen auf der Elbinsel haben eine eigenständige Stellungnahme verfasst. Und die 8.000 Unterschriften, die für den Erhalt Groß-Sands gesammelt wurden, bestehen zu einem großen Teil aus Namen, die mit den Betrieben in Verbindung gesetzt werden können.

Wieso will sich das Erzbistum dann ausrechnen von diesem Krankenhaus trennen?

Das Erzbistum will sich ja von allen Ansgar-Krankenhäusern trennen, weil es mit der Führung der Krankenhäuser überfordert ist. Die besondere Problematik bei Groß-Sand ist, dass es am schwierigsten zu vermarkten ist: Bisherige Interessenten der Ansgar-Gruppe empfinden wohl alle Krankenhäuser als wirtschaftlich attraktiv, nur das unsrige in Wilhelmsburg nicht. Daher versucht das Erzbistum, Groß-Sand „gesundzuschumpfen“ – also das ist jetzt meine Interpretation der Dinge. Es erscheint mir wie ein verzweifelter Versuch, das Krankenhaus marktgerecht umzubauen.

Haben Sie Verständnis dafür?

Durchaus dafür, dass das Bistum sich überfordert fühlt. Aber keiner hat Verständnis dafür, dass sie ausgerechnet in einem der ärmsten Stadtteile Hamburgs einen Grundpfeiler der gesundheitlichen Versorgung zusammenbrechen lassen.

In Groß-Sand existiert auch eine Pflegeschule. Was macht diese besonders?

Zum einen, dass sie heute ihren letzten Tag feiert und viele Menschen von dem Lehrpersonal und der Kooperation mit der Pflegeschule Abschied nehmen, so auch die Schulleiterin der Stadtteilschule Wilhelmsburg. Zum anderen, dass es sich um eine der nachweislich besten Pflegeschulen in Hamburg handelt: Die besten Abschlussnoten und die geringste Abbreche-Quote finden Sie hier vor. Es gibt sogar ein Konzept von einem Pflegecampus, diese gut funktionierende Ausbildungsstätte zu einem Leuchtturm-Projekt in der Pflegeausbildung zu erweitern; diese Chance für die Pflege wird jetzt beerdigt.



Foto: privat

Manuel Humburg 72, ist ehemaliger Hausarzt aus Wilhelmsburg und setzt sich für den Verein Elbinsel Wilhelmsburg und für den Erhalt von Groß-Sand ein.

nachrichten

Gangster muss ins Gefängnis

Gangster-Rapper Gzuz (32) muss ein Jahr und sechs Monate ins Gefängnis. Das hat das Amtsgericht Hamburg am Dienstag entschieden. Dem Frontmann der Hamburger Hip-Hop-Gruppe 187 Strassenbande werden unter anderem Verstöße gegen das Waffengesetz, Drogenbesitz und Körperverletzung vorgeworfen. Unter anderem soll der 32-Jährige einer jungen Frau, die ein Selfie mit ihm machen wollte, mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen haben. Er ist bereits mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten, unter anderem wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung. (dpa)

Qualitätsvertrag für behinderte Patient:innen

Das Evangelische Krankenhaus Alsterdorf und die AOK Rheinland/Hamburg haben zum 1. Oktober den bundesweit ersten Qualitätsvertrag zur Versorgung von behinderten Menschen im Krankenhaus geschlossen. Ziel sei es, die stationäre Behandlung von Patienten mit geistiger Behinderung oder schwerer Mehrfachbehinderung zu verbessern, teilten das Krankenhaus und die AOK mit. Verbessert werden soll unter anderem die Kommunikation mit den Patientinnen und Patienten durch Leichte Sprache. Auch sollen Diagnostik und Therapie besser an ihre Bedürfnisse angepasst werden. (epd)

Kürzt Rot-Grün beim Klimaschutz?

Umweltgruppen und die Linke warnen vor den Haushaltsberatungen vor Einschnitten beim Klimaschutz

Von Marco Carini

Killt Corona die Klimarettung? Vor Beginn der Senatsberatungen für den Hamburger Doppelhaushalt 2021/2022 warnten gestern mehrere Umweltinitiativen vor einer drastischen Kürzung der Gelder für die Hamburger Maßnahmen gegen den Klimawandel aufgrund der pandemiebedingten Lücken im Stadtsäckel. Fridays for Future demonstrieren am Dienstag vor der Finanzbehörde am Gänsemarkt gegen drohende Kürzungen beim Hamburger Klimaplan.

Zeitgleich wurde ein „Hamburger Klima-Appell“ veröffentlicht, der von 44 Organisationen, meist aus der Umweltbewegung, und zahlreichen Hamburger Wissenschaftler*innen getragen wird. Darin heißt es: „Die von Senat und Bürger-

schaft anlässlich der Verabschiedung des Klimaplan prognostizierten Haushaltsbedarfe von zwei bis drei Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 müssen zur Verfügung gestellt werden. Massive Abstriche, die offenbar derzeit in der rot-grünen Regierung ernsthaft diskutiert werden, sind unverträglich.“ Manfred Braasch, Geschäftsführer des BUND Hamburg sagt: „Damit wäre die Umsetzung des Klimaplan grundlegend gefährdet.“

Auch die Linke in der Bürgerschaft warnte vor Kürzungen beim Klimaschutz.

Die Initiativen warnen vor drohenden Kürzungen beim Hamburger Klimaplan

„Die gesellschaftliche Anstrengung zur Bewältigung der Klimakrise darf nicht hinter die Corona-Anstrengungen zurückfallen“, fordert der umweltpolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion, Stephan Jersch. Die Grünen würden es nicht schaffen, „in der Koalition die unzulänglichen Mittel für den Klimaplan weiter aufzustocken und werden stattdessen wahrscheinlich sogar Kürzungen akzeptieren müssen“. Damit würden „sie sich unglaubwürdig machen“.

Hamburgs Schulden sind aufgrund von Steuerausfällen und Mehrausgaben für die Coronahilfen im ersten Halbjahr 2020 um 1,11 Milliarden auf 34,8 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einem Zuwachs von 3,3 Prozent seit dem Jahreswechsel, teilte das Statistische Bundesamt am Dienstag mit. der tag 2